Aus der Region

Aus der Region: Reinhaltung der Fahrrinnen ist unzureichend

Beigetragen von JNN am 25. Mai 2017 - 10:31 Uhr

"Die besondere Situation der ostfriesischen Inseln muss stärker berücksichtigen werden" ist CDU-Landtagskandidat Björn Fischer überzeugt. An einem umfangreichen Fragenkatalog der Landtagsfraktion konnte er mitwirken. Als Beispiel nennt Fischer die unzureichende Reinhaltung der Fahrrinnen zwischen den Festlandshäfen und Inseln.

Bereits seit mehreren Jahren sei von den lokalen Vertretern wiederholt auf die unzureichende Ausbaggerung hingewiesen worden. Zwar sei in Aussicht gestellt worden, dem nachzukommen. Geschehen sei bis heute jedoch nichts. Dabei sei der Schifffahrtsweg die entscheidende Anbindung. Er sichere nicht nur die Beförderung von vielen Gästen, sondern müsse auch in Notfällen eine schnelle Erreichbarkeit ärztlicher Versorgung der Insulaner sichern. Gerade letzten Winter habe sich gezeigt, dass dieses nicht gewährleistet ist.

Aber auch hinsichtlich einer verbesserten Verkehrsanbindung sei in den letzten Jahren nichts geschehen: "Es gibt weiterhin eine unzureichende Anbindung an den nationalen Schienenverkehr", so seine Kritik. Einzig private Busunternehmen würden für eine zügige Verbindung vom Bahnhof in Bremen zu den Sielorten sorgen. (Anmerkung der JNN-Redaktion: Hiervon sind natürlich Borkum, Juist und Norderney ausgenommen, da hier die Deutsche Bahn bis an die Schiffe heranfahren kann)

In zahlreichen Gesprächen mit unmittelbar Betroffenen habe Fischer in den vergangenen Wochen feststellen können, das auch weitere wichtige die ostfriesischen Inseln betreffende Themen in den vergangenen Jahren von der Landesregierung nicht angegangen wurden. Beispielsweise sei ein stärkerer Augenmerk auf die medizinische Versorgung (sowie Apotheken, Zahnmedizin, Versorgung pflegebedürftiger Menschen, Rettungsdienste etc.) und auch die Versorgung und Ausstattung der Polizei zu legen.

Mit der jetzt eingebrachten großen Anfrage will die CDU-Landtagsfraktion die vielen Daten und Fakten zusammentragen lassen, die die spezielle Situation der ostfriesischen Inseln widerspiegeln. "Dieses muss Grundlage für eine Neujustierung der Landespolitik werden", so Fischer.

QUELLE: LANGEOOG NEWS